

Forum 6

Separatismus und Regionalismus: Tendenzen in der Europäischen Union

Birgit Schmitz-Lenders, Europäische Akademie Bayern e. V.

Von Schottland über Flandern bis Katalonien: Separatistische Tendenzen sind in der Europäischen Union kein Einzelfall. In vielen Regionen der EU existieren Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich nicht nur in Protestbewegungen, sondern auch in Wahlen und Referenden äußern. Warum entstehen diese Regionalismustendenzen ausgerechnet jetzt? Welche Herausforderungen entwickeln sich dadurch für die jeweiligen Staaten? Und welche Rolle spielt die Europäische Union für diese separatistischen Bewegungen?

Als fachkundige Referentin zu diesen Fragen konnte Frau Birgit Schmitz-Lenders, Leiterin der Europäischen Akademie Bayern e.V., mit Sitz in München gewonnen werden. Angesichts des aktuellen Brexit-Votums war die diplomierte Juristin und Politologin, mit den Spezialgebieten „Großbritannien“ sowie „Populismus“ genau die richtige Ansprechpartnerin für die zahlreichen Fragen der Zuhörer.

Einführung

Der Vortragsteil startete mit einer kurzen Abgrenzung der drei zentralen Begrifflichkeiten. Dem föderalen Prinzip der Europäischen Union (weitgehend unabhängige Einheiten bilden dennoch ein Ganzes) stehen separatistische und regionalistische Tendenzen gegenüber. Im Gegensatz zum Regionalismus, bei dem zwar auch nach größerer Selbstverantwortung und Autonomie gegenüber einer staatlichen Zentralmacht gestrebt wird, geht der Separatismus noch einen Schritt weiter und verfolgt als Ziel die Loslösung aus einem Staatsverband und damit eine eigene Staatsgründung (Sezession).

Solche separatistischen Tendenzen gibt es in vielen Regionen der EU (**Abb. 1**). Ob Galicien, Katalonien oder das Baskenland in Spanien, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bretonen und Korsen in Frankreich, Sardinien, Sizilien, Südtirol, Venetien und die Lega Nord in Italien, Schotten, Waliser und Nordiren im Vereinigten Königreich oder der Streit zwischen Flamen und Wallonen - noch nie waren der Wunsch nach Autonomie so groß wie bisher.

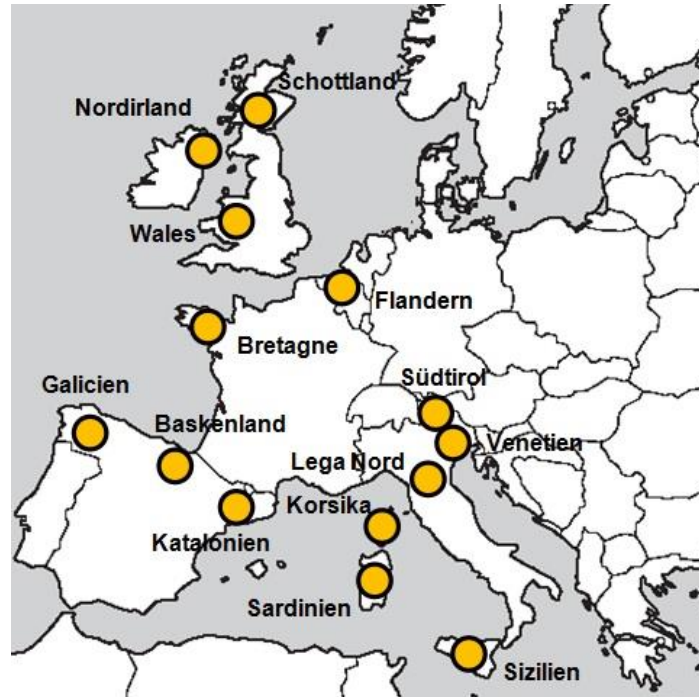


Abb. 1: Separatismusbewegungen in der EU

All diesen Bewegungen ist gemeinsam, dass sie von einer politischen Partei und oftmals einem charismatischen Politiker als Führungsfigur angetrieben werden. Sei es die Scottish National Party (SNP) unter Alex Salmond in Schottland, die Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) in Flandern oder bis 2015 die *Convergència i Unió* (CiU) in Katalonien (Heute das Bündnis „*Junts pel Si*“).

Um grundlegende Tendenzen und Muster aufzuzeigen, wurden von Frau Schmitz-Lenders nachfolgend drei Bewegungen exemplarisch herausgegriffen.

Die flämische Unabhängigkeitsbewegung

Im Jahr 1830 erhob sich die mehrheitlich katholische Bevölkerung der südlichen Provinzen des Vereinigten Königreichs der Niederlande gegen die Vorherrschaft des protestantischen Nordens. Kurz darauf erfolgte die Gründung eines eigenständigen Königreichs Belgien. Der neue Staat setzt sich im Wesentlichen aus zwei ethnischen Gruppen zusammen. Den Flamen (derzeit rund 6,4 Mio. Einwohner), die im Nordenteil des Landes leben und den Wallonen (3,5 Mio. Einwohner) in der Mitte und dem Süden. Daneben gibt es noch eine kleine deutschsprachige Minderheit im Osten (**Abb. 2**).



Abb. 2: Flamen und Wallonen

Schon bei der Gründung wurde Französisch als offizielle Amtssprache eingeführt (überwiegend die Sprache der Wallonen) und die regionalen Unterschiede völlig ignoriert, was Anlass für die Formierung einer ersten flämisch-wallonischen Bewegung war. Nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkten sich die wirtschaftlichen Disparitäten der beiden Landesteile. Mit dem Niedergang der Montanindustrie und dem Aufstieg des Dienstleistungssektors gewann der bis dahin ärmere Norden immer mehr an Bedeutung. Heute ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des flämischen Landesteils pro Kopf etwa um ein Drittel größer als die des Südens. Daher formulierte Frau Schmitz-Lenders auch die These eines „Separatismus der Reichen“. Dieser Gegensatz eskalierte sukzessive im Laufe der Zeit. 1962 wurde eine offizielle Sprachgrenze festgelegt, die bis heute das Land teilt. Bildung, Kultur, Verwaltung und die politische Parteienlandschaft differenzierten sich in der Folge zunehmend nach den Sprachgruppen. Die geringe Kooperationsbereitschaft der beiden Ethnien machen ein Regieren des Landes zunehmend schwierig bis unmöglich. In den Jahren 2010/11 kam es zu einer Staatskrise, bei der Belgien 541 Tage ohne Regierung bleibt. Heute leben drei Sprachgemeinschaften, in drei Regionen, in einem Staat. Es wird offen darüber diskutiert, ob eine lose Konföderation, eine Spaltung oder ggf. sogar ein Anschluss an die Nachbarländer für Belgien der richtige Weg ist.

Katalonien

Anders als in Belgien gehört die Region Katalonien schon seit dem Mittelalter dem spanischen Staat an (**Abb. 3**). Allerdings bestand ein Sonderstatus hinsichtlich der Selbstbestimmung, der erst im Zuge des Spanischen Erbfolgekriegs, im Jahr 1714, aus eigener Entscheidung von den katalonischen Adeligen aufgegeben wurde.



Abb. 3: Katalonien

Als während der Franco-Diktatur Spanisch zur einzigen Amtssprache erklärt wurde, traf das viele Minderheiten im Land schwer. So ist Katalonisch nicht nur eine eigenständige Sprache, sondern galt lange Zeit auch als „Hochsprache“ innerhalb des Landes. Erst nach der Demokratisierung des Landes wurde im Jahre 1978 der Region ein Status als „Autonome Gemeinschaft“ mit eigenem Regionalparlament zugebilligt. Diese Reform übertrug zwar große Kompetenzen auf die Regionen, stellt aber keine Eigenstaatlichkeit dar. Das erste Autonomiestatut von 1978 wurde 2006 durch eine Neufassung mit erweiterten Kompetenzen abgelöst. Darin wird von einer „katalonischen Nation“ gesprochen. Weite Teile dieses Statuts wurden vom spanischen Verfassungsgericht im Jahr 2010 für verfassungswidrig erklärt. Eine Volksbefragung zur Unabhängigkeit Kataloniens im Jahr 2014, erbrachte 81 % Zustimmung für die Unabhängigkeit, allerdings bei lediglich 37 % Wahlbeteiligung. Wie schon im Fall von Flandern, zeichnet sich auch die Region Katalonien durch ihre wirtschaftliche Stärke aus. So liegt das BIP pro Kopf um rund ein Fünftel über dem spanischen Durchschnitt. Der innerstaatliche Finanzausgleich, bei dem die Region mit rund 16 Mrd. Euro ein Nettozahler ist,

befeuert die separatistischen Tendenzen ebenso wie die immer noch anhaltenden Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit der Parlamentswahl im Jahr 2015 stellen separatistische Parteien die Mehrheit im katalonischen Regionalparlament und arbeiten ebenfalls auf eine Abspaltung hin.

Schottland und der Brexit

Anders als bei den beiden vorangegangenen Beispielen zeichnet sich Schottland dadurch aus, das bis zum Jahr 1707 ein eigenständiger schottischer Staat existierte. Erst mit dem „Act of Union“ erfolgte eine freiwillige Vereinigung mit England zum Königreich Großbritannien, dem heute auch Wales und die Region Nordirland angehören. Bereits im Jahr 1934 wurden Schottland mehr Selbstbestimmungsrechte zugebilligt. Im Zuge der schweren Wirtschaftskrise während der Regierung Thatcher erfolgte im Jahr 1979 ein erstes Referendum über den möglichen Austritt, das aber scheiterte. In der Folge entfremdeten sich Schotten und Engländer zusehends, bei gleichzeitigem Einräumen von mehr Freiheitsrechten (Regionalisierung). Heute obliegt die Hoheit über das Gesundheitswesen, der Bildung, Landwirtschaft, Fischerei, die Wirtschafts- und Umweltpolitik, das Wohnungswesen und sogar die Justiz, dem schottischen Regionalparlament. Im April 2012 wurde sowohl von englischer als auch schottischer Seite der Beschluss gefasst, ein erneutes Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands durchzuführen, das aber mit einer deutlichen Mehrheit scheiterte (**Abb. 4**).

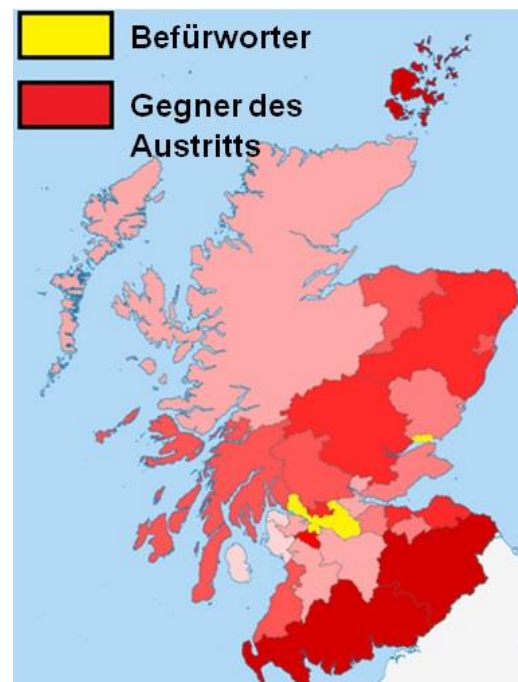


Abb. 4: Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands

Umso überraschender war, als am 23.06.2016 bekannt wurde, dass sich eine knappe Mehrheit der Briten für einen Austritt aus der EU entschieden hat. Während England und Wales für den Austritt stimmten, sprach sich in Nordirland und Schottland eine deutliche Mehrheit für den Verbleib in der EU aus (**Abb. 5**).

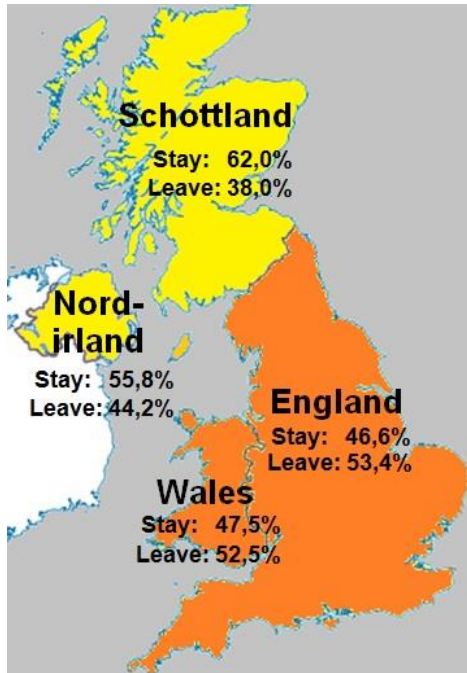


Abb. 5: Brexit-Votum der Regionen

Mögliche Spekulationen über ein drittes Unabhängigkeitsreferendum in Schottland wurden nach diesem Ergebnis aber rasch wieder zerstreut. Zu groß ist die Abhängigkeit Schottlands von britischen Finanzhilfen. Auch Theresa May ist an einer gesamt-britischen Lösung, d.h. unter Einbeziehung von Schottland und Nordirland, interessiert.

Rolle der Europäischen Union

Im Hinblick auf die vielen Unabhängigkeitsbewegungen befindet sich die Europäische Union in einem Zwiespalt. Einerseits fördert sie seit den 80er Jahren die Dezentralisierung und hat damit maßgeblich den Trend zur Regionalisierung gestärkt. Andererseits betrachtet sie Separatismus als innerstaatliche Angelegenheit und möchte sich daher nicht einmischen. Da viele der Bewegungen „pro europäisch“ auftreten, wäre eine Befürwortung einer Sezession an sich sogar mit einem Imagegewinn für die EU verbunden.

Eine wesentliche Ursache für das Aufkeimen dieser Bewegungen ist der europäische Binnenmarkt, der eine Art „Rückversicherung“ für die neuen Staaten schafft, um deren Überlebensfähigkeit zu sichern.

Aus rechtlicher Sicht gibt es aber zwei Einschränkungen, die laut Frau Schmitz-Lenders maßgeblich einer endgültigen Loslösung entgegenstehen. Zum Einen ist in Artikel 4 des EU-Vertrags die „territorialen Unversehrtheit“ der Mitgliedsstaaten festgeschrieben. Diese wäre im Falle einer Sezession nicht mehr gegeben. Zum Anderen würden aus rechtlicher Sicht die neuen Staaten nicht mehr der Europäischen Union angehören, sondern müssten zunächst das reguläre, mehrjährige Aufnahmeverfahren durchlaufen. Einer möglichen Beschleunigung dieses Verfahrens, dem sogenannten „speedy-boarding“, wurde seitens der Europäischen Kommission aber eine Absage erteilt. Anschließend wäre auch die Einstimmige Zustimmung aller EU-Staaten für die Aufnahme erforderlich. Diese würde aber vermutlich nicht erreicht werden, da viele EU-Staaten mit separatistischen Bewegungen keinen Präzedenzfall schaffen wollen.

Versuch eines Fazits

Was lässt sich als Fazit aus den verschiedenen Beispielen festhalten? Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den verschiedenen Regionen der Europäischen Union verstärkt. Separatismus ist in vielen Fällen ein „Separatismus der Reichen“, die nicht bereit sind, ärmere Landesteile zu unterstützen. Zur Verschleierung dieser wirtschaftlichen Interessen werden andere Kriterien, wie der Respekt vor der jeweiligen Kultur, Ethnie und Religion instrumentalisiert. Die Sprache bekommt dabei in vielen Fällen eine Nationen bildende Funktion. Solange aber der rechtliche Status der neuen Staaten, insbesondere über deren Verbleib in der EU nicht eindeutig geklärt ist, werden die Befürworter einer Sezession aber noch abwarten.

Was bleibt, ist die spannende Frage, ob das Gewähren von mehr Autonomie und damit eine Stärkung der Regionalisierung überhaupt sinnvoll ist, oder ob dies letztlich Auslöser für die vielen separatistischen Tendenzen in der EU war und ist.

Burkart Ciolek